

Umfrage: Bevölkerung fühlt sich stark durch Corona belastet und eingeschränkt

WESTFALEN-BLATT



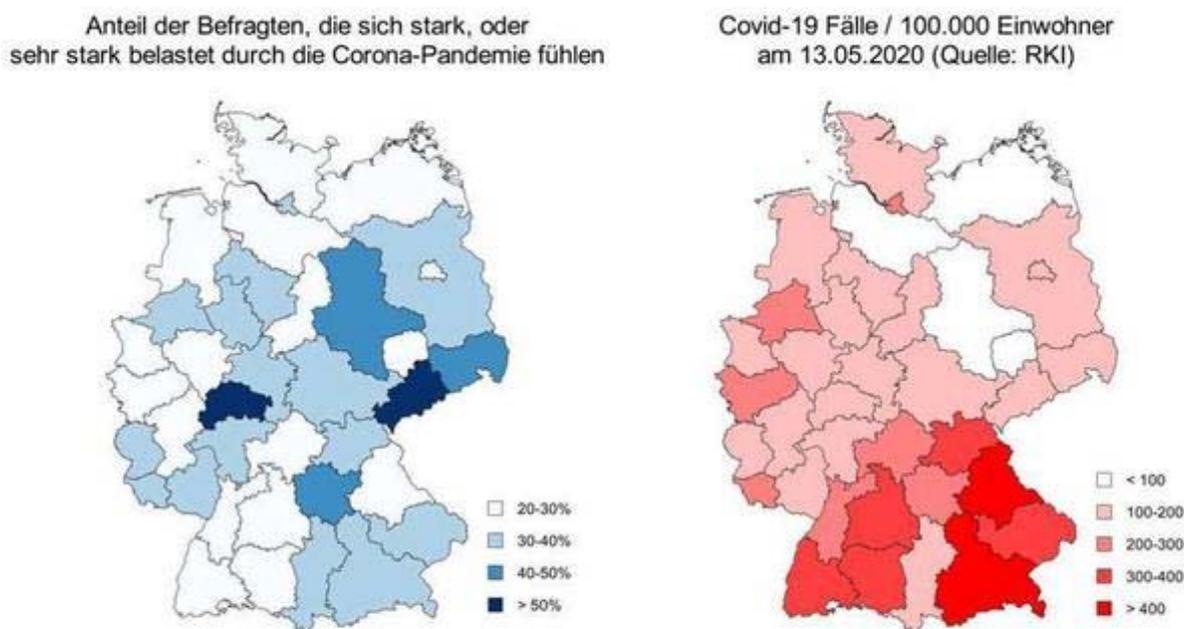
Was macht die Corona-Krise mit den Menschen, wollten wir wissen? Ein stilisiertes Gesicht mit gezeichneten Augen, Augenbrauen und einem gelben, selbstgenähten Mundschutz an einem Baumstamm.

Freiburg/Stuttgart/München (WB). Die Bevölkerung fühlt sich stark durch Corona belastet und eingeschränkt. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Universitäten Freiburg, Stuttgart und der LMU München, [zu deren Durchführung auch das WESTFALEN-BLATT beigetragen hat](#).

Ein Wissenschaftlerteam der Universitäten hatte dazu im Zeitraum vom 7. bis zum 17. Mai über 7800 Personen zu ihren Erfahrungen und Einstellungen in der Corona-Pandemie online befragt.

Ein erster Befund zeigt ein wenig überraschendes Ergebnis: Nahezu jeder Deutsche ist von der Pandemie in gewisser Weise betroffen. Nur fünf Prozent der Befragten sehen sich durch die Einschränkungen und Maßnahmen nicht beeinflusst. Dagegen fühlt sich jeder dritte Befragte stark oder sogar sehr stark belastet.

Insgesamt fühlen sich Frauen durch die Krise stärker belastet als Männer. Jüngere und ältere Menschen fühlen sich durch die Pandemie aber weniger belastet als Personen zwischen 30 und 60 Jahren.

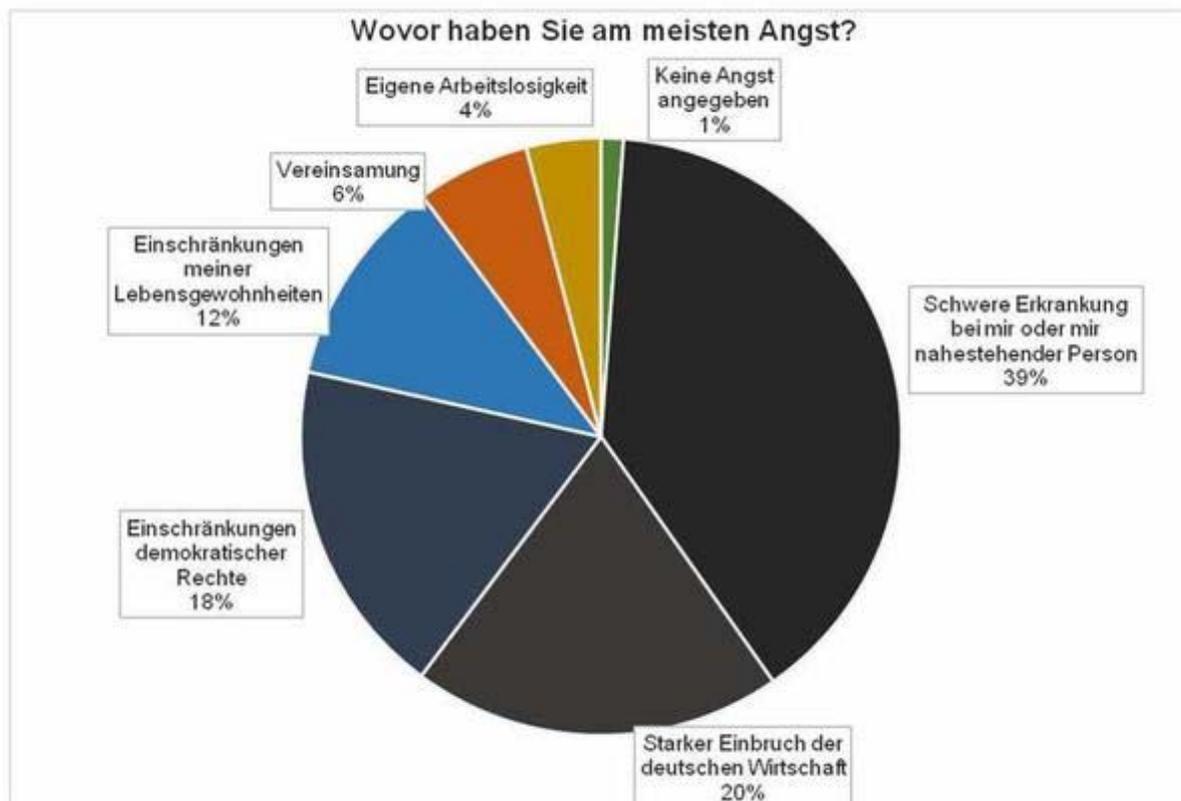


Quellen: Infiziertenfallzahlen: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Fallzahlen.html
 Kartendaten: © GeoBasis-DE / BKG (2020); N = 7461, gewichtet nach Alter, Geschlecht und Sonntagsfrage.

Abbildung 1: Regionale Einstellung zur Belastung durch Corona Quellen:
 Infiziertenfallzahlen: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Fallzahlen.html
 Kartendaten: © GeoBasis-DE / BKG (2020), N = 7155, gewichtet nach Alter, geschlecht, Ost-West und Sonntagsfrage.

Jedoch fällt die gefühlte Belastung in einzelnen Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich aus, wie der Karte zu entnehmen ist. Besonders stark belastet fühlen sich die Befragten in den Regionen Chemnitz, Gießen, aber auch in Mittelfranken, Sachsen-Anhalt und der Region Dresden. Im Vergleich zu den offiziellen Fallzahlen des Robert-Koch-Instituts (RKI) zeigt sich kein sonderlich starker Zusammenhang zwischen den Infiziertenzahlen und der gefühlten Belastung, besonders die Menschen in Norddeutschland sind entspannter. Aber auch in den am stärksten betroffenen Gebieten in Bayern und Baden-Württemberg fühlen sich die Befragten eher weniger stark belastet.

Neben der gefühlten Belastung gibt es auch Angst vor Beeinträchtigungen. Am stärksten ist die Furcht vor eigener Krankheit oder bei nahestehenden Personen: Für knapp 40 Prozent der Befragten ist dies die größte Angst. Große Angst haben die Befragten auch vor einem Einbruch der Wirtschaft sowie vor der Einschränkung ihrer Lebensgewohnheiten. Deutlich weniger Angst haben die Befragten dagegen vor Vereinsamung und eigener Arbeitslosigkeit. Offensichtlich wird die Gefahr eigener Arbeitslosigkeit weniger dramatisch eingeschätzt als die gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen.



Für diese Grafik wurde der Mittelwert berechnet aus den Rangplätzen, die die Befragten den Auswirkungen zugewiesen haben (Platz 1: größte Angst, Platz 6: geringste Angst). N = 6305; 6874; 6530; 5884; 5095; 4579; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

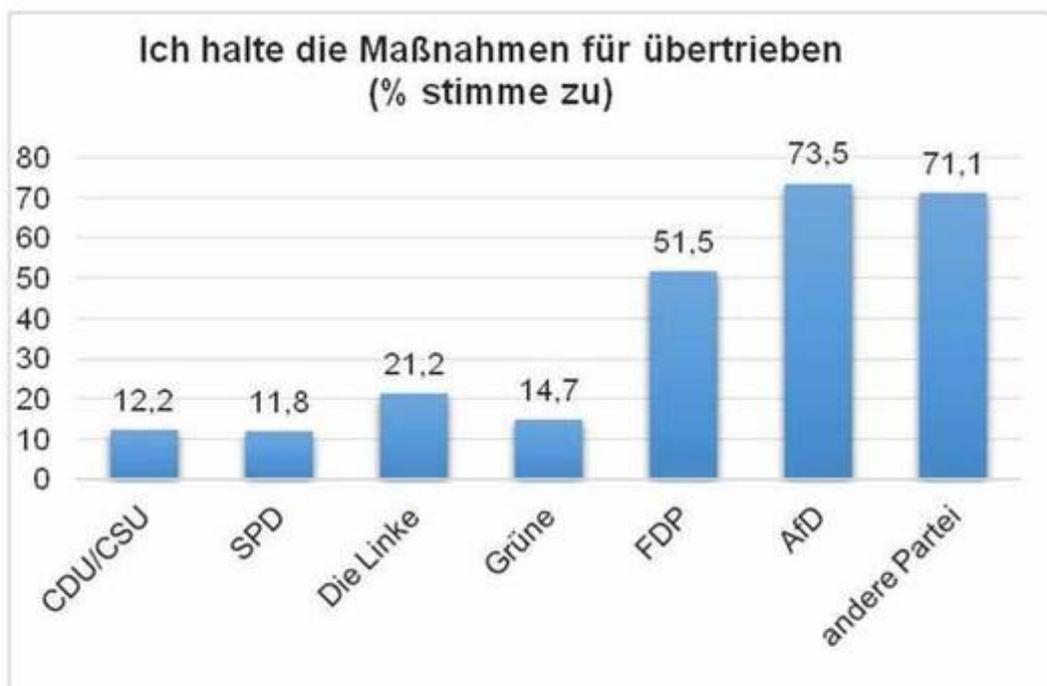
Insgesamt gibt es jedoch ein hohes Vertrauen in die Gesundheitsmaßnahmen des Bundes und der Länder: über 60 Prozent der Befragten halten diese für geeignet, um die gesundheitlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen. Deutlich skeptischer sind die Befragten hinsichtlich der Frage, ob die Maßnahmen geeignet sind, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen. Hier sind nur knapp 35 Prozent der Befragten von den Regierungsmaßnahmen überzeugt.

Wie soll die Corona-Krise aber wirtschaftlich und finanziell bewältigt werden? Eine Mehrheit der Befragten hat eine klare Vorstellung davon, wer für die Kosten der Pandemie aufkommen soll. 51 Prozent der Befragten halten eine Vermögensabgabe für Reiche für sehr sinnvoll, weitere 30 Prozent halten sie für teilweise sinnvoll. Dagegen halten nur knapp 3 Prozent generelle Steuererhöhungen für sehr sinnvoll bzw. 29 Prozent für teilweise sinnvoll. Auch die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags für alle findet nur wenig Anklang: gerade einmal rund 15 Prozent der Befragten erachten diese Option für sehr sinnvoll. Wenig Gegenliebe findet der Verkauf des staatlichen „Tafelsilbers“, wie Gold- und Devisenreserven. Deutschland besitzt immerhin nach den USA die zweitgrößten Goldreserven weltweit. Nachdem letzte Woche der Goldpreis auf Eurobasis einen Rekordpreis von über 1610 Euro pro Unze erreicht hat, liegt der Wert des deutschen Goldschatzes bei über 173,5 Milliarden Euro. Aber nur knapp 11 Prozent der Befragten sehen hierin eine Möglichkeiten die finanziellen Folgen der Corona-Krise zu bekämpfen.



Frage: Welche Maßnahmen halten Sie für sinnvoll, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in Deutschland zu bekämpfen? Antwortmöglichkeiten: nicht sinnvoll, teilweise sinnvoll, sehr sinnvoll. N = 7522-7682.

Insgesamt hält eine deutliche Mehrheit der Befragten die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus nicht für übertrieben (59,9 Prozent). Deutliche Unterschiede zeigen sich aber zwischen den Anhängern der Parteien. In Abbildung 4 wurde die Befragten, die die Maßnahmen für übertrieben halten, getrennt betrachtet nach ihren Antworten auf die Sonntagsfrage „Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, wen würden Sie dann mit Ihrer Zweitstimme wählen?“ Mehr als die Hälfte der FDP-Anhänger und fast drei Viertel der AfD-Anhänger halten die Maßnahmen für übertrieben, aber weniger als 15 % der Anhänger von CDU/CSU, Grünen und SPD. Auch die Anhänger anderer Parteien finden die Maßnahmen eher übertrieben, darunter viele Anhänger der neuen Gruppierung „Widerstand 2020“.



N=7712, gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West

Frage: Staatliche Stellen in Deutschland haben im Zuge der Corona-Pandemie eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann. Was denken Sie darüber? „Ich halte die Maßnahmen für übertrieben“ (n = 7651).

Beim Blick auf einzelne Maßnahmen (zum Teil in Kraft, zum Teil wurden diese nur diskutiert) zeigt sich, dass nicht alle gleichermaßen von den Befragten positiv gesehen werden – insgesamt werden die Maßnahmen sehr differenziert betrachtet. Eine große Zustimmung findet sich bei den Schutzmaßnahmen, wie der Erhöhung der sozialen Distanz, etwa der Abriegelung betroffener Gemeinden oder der Grenzschließung. Kritischer werden Maßnahmen der elektronischen Überwachung von Telekommunikationsdaten oder die Einschränkung parlamentarischer Rechte gesehen.



Frage: Welche der folgenden Maßnahmen sollten staatliche Stellen Ihrer Meinung nach anwenden dürfen, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen? (N = 7666)

Aktuelle Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen könnten auch auf ein schwindendes Medienvertrauen hindeuten. Auf die Frage „Inwiefern halten Sie die folgenden Informationsquellen in Bezug auf die Corona-Berichterstattung für vertrauenswürdig?“ zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der einzelnen Parteien. In Bezug auf die Corona-Berichterstattung vertrauen die Anhänger der CDU/CSU, der SPD und der Grünen stark offiziellen Webseiten sowie den etablierten, öffentlich-rechtlichen Medien und Zeitungen. Die Anhänger der Linken und insbesondere der FDP weisen hier durchweg ein geringeres Vertrauen auf. AfD-Anhänger und die Anhänger anderer Parteien (darunter auch Befragte, die als Wahlpräferenz „Widerstand 2020“ angegeben haben) weichen deutlich vom Rest der Bevölkerung ab. Sie halten sämtliche Informationsquellen im Durchschnitt für eher nicht vertrauenswürdig, und die beiden Informationsquellen, denen von ihnen noch am ehesten vertraut wird (Internet-Blogs und Youtube sowie Soziale Netzwerke) sind gerade diejenigen, denen die restliche Bevölkerung am wenigsten Vertrauen entgegenbringt.

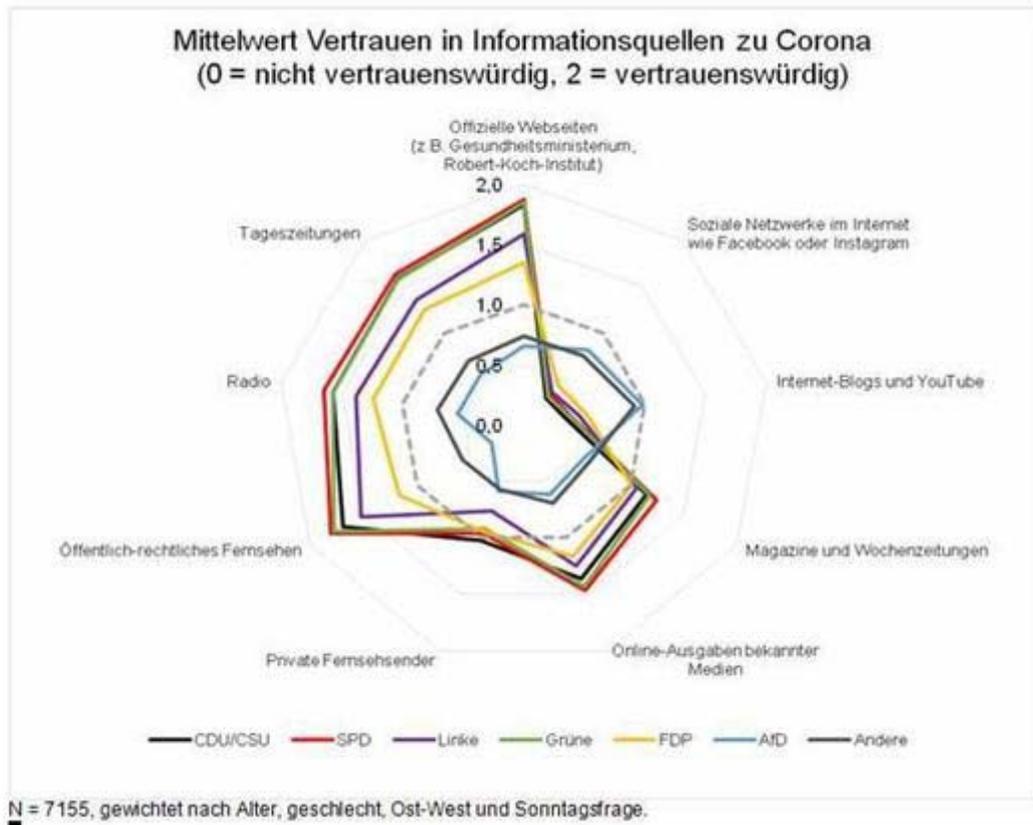


Abbildung 6: Vertrauen in die Corona-Berichterstattung der Medien Dargestellt ist der Mittelwert nach Wahlpräferenz (Sonntagsfrage); 0 = nicht vertrauenswürdig; 2 = vertrauenswürdig. N = 7155, gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West und Sonntagsfrage.

Zur Studie: <https://www.politikpanel.uni-freiburg.de/>